

Tatsachen + Dokumente

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **32 (1953)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialistische Politik für die unentwickelten Gebiete

An ihrem zweiten Kongreß in Mailand vom 17. bis 21. Oktober 1952 stimmte die Sozialistische Internationale noch folgenden Resolutionen zu:

Eine Prinzipienerklärung

Präambel

1. Die Sozialistische Internationale erstrebt die Befreiung aller Menschen von wirtschaftlicher, politischer und geistiger Knechtung und die Schaffung einer Weltgemeinschaft, die auf den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit und des freiwilligen Zusammenwirkens freier Völker beruht.

Die Sozialistische Internationale kämpft für die Freiheit aller Nationen. Sie verwirft jede Form der Rechtsungleichheit der Rassen und jegliches System, das die Welt in höher- und minderwertige Völker teilt.

2. Darum wirkt die Sozialistische Internationale für die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger in allen Ländern und für die Schaffung von demokratischen Institutionen, durch die die politische Freiheit erhalten und erweitert und die Wohlfahrt aller Menschen gefördert wird.

Sie erstrebt die Herstellung von Beziehungen zwischen den Ländern im Geiste der fundamentalen Einheit der ganzen Menschheit und der Anerkennung der gerechten Bestrebungen aller Völker nach einem voll entfaltetem freien Leben. Sie achtet den Wert der verschiedenartigen Kulturen aller Nationen und die jedem menschlichen Wesen eingeborene Würde.

3. Die Sozialistische Internationale verwirft darum ohne Vorbehalt jede Form des kapitalistischen Imperialismus, der die Völker politischer Fremdherrschaft und wirtschaftlicher Ausbeutung unterwirft und von dem sich der gehässige Mythos der rassistischen Überlegenheit nährt.

Sie verwirft ebenso entschieden die internationale Tyrannei, die der kommunistische Imperialismus den Völkern der Welt aufzuerlegen sucht. Die Unterdrückung und Ausbeutung irgendeines Volkes unter irgendwelchem ideologischen Vorwand steht in unversöhnlichem Gegensatz zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus.

4. Die Sozialistische Internationale sieht im Erwachen des Nationalbewußtseins eine Entwicklungsphase im Freiheitsringen der Völker. Die kommunistische Propaganda trachtet, die nationalen Leidenschaften für ihre

Zwecke auszubeuten und die freie Welt zu spalten. Die Sozialisten verdammen den chauvinistischen Nationalismus, weil dieser die internationale Solidarität verneint. Sie erachten die Entwicklung des demokratischen Sozialismus als wesentlich für die Befriedigung echter nationaler Bestrebungen im Rahmen eines internationalen Gemeinwesens.

5. Den Sozialisten sind die Freiheitsbewegungen in den abhängigen Gebieten eine Herzenssache. Sie wirken für die möglichst rasche Schaffung von Bedingungen, unter denen volle Selbstregierung verwirklicht werden kann. Die politische Freiheit wie der soziale und wirtschaftliche Fortschritt der abhängigen Gebiete sind für die Sozialisten gleichermaßen Angelegenheiten von überragendem Interesse. Sie wollen die Rückständigkeit dieser Gebiete überwinden — nicht sie ausbeuten. Sie wollen alle Formen des Kolonialsystems aufheben — nicht aus dem Zustand der Abhängigkeit Vorteile ziehen.
6. Die Sozialisten, wie die Regierungen, müssen in ihrem Kampf für volle Selbstregierung der abhängigen Gebiete die wachsenden gegenseitigen Beziehungen der Völker der Welt in angemessene Erwägung ziehen, um zu einem friedlichen Zusammenwirken der freien Völker zu gelangen.
7. Ungeheure Massen der Bevölkerung der Welt leiden noch unter periodisch wiederkehrenden Hungersnöten, furchtbarer Armut, Unwissenheit und Krankheiten. Der Gebrauch primitiver landwirtschaftlicher Technik in der Kultivierung eines Bodens, der sich immer mehr und mehr erschöpft, senkt seinen Ertrag unter das Existenzminimum. In vielen unterentwickelten Gebieten wird diese Lage durch einen so rapiden Bevölkerungszuwachs verschärft, daß die Entwicklung neuer Produktionsquellen unvernünftig ist, den Lebensstandard zu erhöhen. Solche unmenschlichen Bedingungen sind unvereinbar mit dem sozialistischen Grundsatz der gleichen Aufstiegsmöglichkeiten für den Einzelnen und die Gemeinschaft. Sie hemmen die Ausbreitung einer universellen Demokratie und den menschlichen Fortschritt. Sie bilden eine moralische und wirtschaftliche Gefahr für alle Menschen. Sie sind eine Gefahr für den Frieden. Sie rufen die Sozialisten zur Tat.
8. Alle Völker haben ein Lebensinteresse an der Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus der Massen in den unterentwickelten Gebieten. Demokratie, Wohlstand und Frieden erfordern die volle Erschließung der Naturschätze und die Steigerung der Arbeitsergiebigkeit in den unterentwickelten Gebieten. Sie erfordern ebenso eine Neuverteilung des Welt'einkommens, um die Kluft zwischen dem Lebensstandard in den verschiedenen Teilen der Erde zu überbrücken.
9. Die Sozialistische Internationale ist daher bestrebt, alle Völker für einen Weltplan gegenseitiger Hilfe zu gewinnen, um durch eine allumfassende

Aktion das Elend überall auszurotten. In dieser Tat soll sich die internationale Solidarität der arbeitenden Massen der ganzen Welt manifestieren.

I. Die Aufgaben der Sozialisten in den unterentwickelten Gebieten

1. Die Völker in den unterentwickelten Gebieten werden sich ihrer Armut immer stärker bewußt. Aber noch viele nehmen sie mit Entsagung hin und widersetzen sich in ihrer Unwissenheit häufig neuen Ideen und neuen technischen Arbeitsmethoden, die ihr Lebensniveau erhöhen würden. Die weiteste Ausbreitung der Volksbildung auf allen Stufen ist daher erforderlich. Es ist notwendig, jene psychologische Atmosphäre zu schaffen, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unerläßlich ist. Es ist die Aufgabe der Sozialisten, das Vertrauen und die Mitarbeit der Massen im Kampf gegen Stumpfheit und Unwissenheit zu gewinnen.
2. Die wirtschaftliche Entwicklung wird nicht durch Wünsche allein beschleunigt; sie erfordert entsprechende soziale, wirtschaftliche, politische und rechtliche Institutionen. Grundlegende Änderungen sind unbedingt notwendig. Wirtschaftsverhältnisse, die den Einzelnen der Früchte seiner Arbeit berauben, müssen aufgelöst und Kastenschranken niedrigerissen werden. Politische Systeme und Rechtsordnungen, die die Macht in den Händen einer kleinen Klasse zur Sicherung ihres Reichtums und ihrer Privilegien konzentrieren, müssen beseitigt werden. Unter einer reaktionären, selbstsüchtigen und korrupten Führung verbleiben die Massen teilnahmslos und kleinmütig, oder ihr Elend wird fruchtbarer Nährboden für jede Irrlehre, so vernunftswidrig sie ist, wenn sie nur ein besseres Leben verspricht. Unter einer kraftvollen und ehrlichen Führung können jedoch die Menschen für die Idee des Fortschritts begeistert werden. Es ist die Aufgabe der Sozialisten in den unterentwickelten Gebieten, den Massen diese schöpferische Führung zu geben.
3. Die kapitalistische Methode wirtschaftlicher Entwicklung kann den Lebensstandard der bedrückten Massen nicht erhöhen. Dazu bedarf es der sozialistischen Planung. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Wirtschaftspolitik von sozialistischen Grundsätzen geleitet wird. Diese Politik sollte auch die Probleme der Bevölkerungszunahme und der Auswanderung, die eines weiteren Studiums bedürfen, in Betracht ziehen.
4. Die Sozialisten in den unterentwickelten Gebieten streben danach, Regierungen einzusetzen, die von der Notwendigkeit der Agrarreform überzeugt sind. Eine Neuverteilung des Grund und Bodens ist in vielen Ländern von lebenswichtiger Bedeutung, wo Lebensstandard und Produktionsleistung niedrig sind und wo ein großer Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist. Daher erwarten die Sozialisten von den Regie-

rungen der unterentwickelten Gebiete, daß sie durch Gesetzgebung den Agrarfeudalismus abschaffen, ein System des bäuerlichen Eigentums wo immer möglich entwickeln, den Pächtern die Sicherheit der Pacht garantieren und ihnen einen angemessenen Anteil an den erhöhten Erträgen ihrer Arbeit sichern. Dies würde den Antrieb schaffen zu Investitionen in neuen Produktionsformen, um die technischen Arbeitsmethoden zu verbessern, die Anstrengungen zur Hebung der Produktion zu intensivieren und dadurch den Lebensstandard zu erhöhen. Brachland muß kultiviert werden.

5. Die Sozialisten sind entschlossen, für ein landwirtschaftliches Kreditwesen zu wirken, das dem Bauern ermöglicht, ohne schwere Verschuldung die landwirtschaftlichen Erfordernisse an Maschinen, Saatgut usw. zu erwerben. Sie werden für die Schaffung von landwirtschaftlichen Betriebseinheiten eintreten, die ein Maximum des Ertrages sichern. Sie werden geeignete landwirtschaftliche Genossenschaften organisieren.
6. Die Sozialisten werden auf Grund eines Programmes wirtschaftlicher Entwicklung die bäuerliche Heimindustrie durch ihre Versorgung mit Maschinen und Werkzeugen fördern und die für diese Aufgaben notwendigen Organisationen schaffen, um, wo immer es zweckmäßig erscheint, Industrien im Rahmen einer geplanten Wirtschaft zu entwickeln. Sie werden für den notwendigen Kapitalzufluß in ihre Länder eintreten, unter der Garantie, daß Investitionen nicht als Instrumente imperialistischer Zwecke irgendwelcher Art dienen.
7. Die Sozialisten fordern den Ausbau der Arbeitsrechts- und Arbeiterschutzgesetzgebung und die Erweiterung der Arbeiterschutzverordnungen, um die Ausbeutung der Arbeiter überall zu verhindern. Sie fordern technische Volksbildung auf allen Stufen.
8. Die Sozialisten sind bestrebt, tüchtige und verlässliche Verwaltungen mit entsprechenden fachtechnischen Verwaltungszweigen zu schaffen, die für eine wirksame Wirtschaftsplanung unerlässlich sind.

Die Entwicklung der wirtschaftlich rückständigen Gebiete hängt nicht allein von Regierungsaktionen, sondern auch von der Initiative der einzelnen Staatsbürger, ihren freien Organisationen und Bewegungen ab. Die Sozialisten sind daher bestrebt, den Willen zur Selbsthilfe in den Massen anzufachen, sozialistische Parteien zu organisieren, Gewerkschaften, Bauernorganisationen und alle Arten genossenschaftlicher Unternehmungen aufzubauen und zu stärken.

9. Die Sozialisten erstreben die Entwicklung einer harmonischen Wirtschaftsstruktur, die den besonderen Bedürfnissen jedes Volkes angepaßt ist und den Erfordernissen der sich stetig ausweitenden Weltwirtschaft dient, um überall fortschreitend Wohlstand für die arbeitenden Menschen zu schaffen.

II. Die Aufgaben der Sozialisten in den höherentwickelten Ländern

1. Die Sozialisten erachten die Ausrottung von Elend und Armut in der ganzen Welt als ein Gebot nicht geringerer moralischer Verantwortung für die Völker in den Ländern höherer Entwicklungsstufen wie für die Völker in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten.
2. Sie erkennen an, daß im Lebensinteresse der gesamten Menschheit und im Dienste der Freiheit tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umwälzungen erforderlich sind, um im Zusammenwirken mit den technisch fortgeschrittenen freien Völkern menschenwürdige Lebensbedingungen für die von Armut bedrückten Millionen zu schaffen. Da die Kapitalakkumulation in den unterentwickelten Gebieten bei weitem nicht ausreicht, um ihre Wirtschaft rasch zu entwickeln und den sozialen Fortschritt zu beschleunigen, ist finanzieller Beistand von den höherentwickelten Ländern notwendig.
3. Die unterentwickelten Gebiete benötigen Kapital für viele Erfordernisse. Kapitalanlagen für eine Reihe von Zwecken können keinen unmittelbaren Ertrag abwerfen; sie müssen aus den allgemeinen Einkünften der betreffenden Gebiete oder durch Spenden des Auslandes aufgebracht werden. Diese Aufwendungen werden den Gesundheits- und Bildungszustand der Massen erhöhen und die Verwaltungstechnik der Regierungen verbessern. Die unterentwickelten Gebiete benötigen Spitäler und Kliniken und eine Verbesserung der Wohnverhältnisse. Sie benötigen Schulen, technische Lehranstalten und Anstalten für Berufsausbildung. Kapital ist ferner erforderlich für die Schaffung wissenschaftlicher Forschungsinstitute sowie statistischer und anderer Dienste, ohne die sich eine geplante Entwicklung nicht vollziehen kann.
4. Die unterentwickelten Gebiete benötigen Kapital für grundlegende Aufbauwerke: für die Entwicklung ihres Straßen- und Verkehrssystems, für den Bau von Kraftwerken, für die Durchführung von Bewässerungsplänen für Bodenkonservierung und einer Fülle ähnlicher öffentlicher Arbeiten.
5. Die unterentwickelten Gebiete benötigen Kapitalanlagen für die Entwicklung ihrer Landwirtschaft und ihres Fischereiwesens, für die Erschließung ihrer Bodenschätze und für den Aufbau ihrer Schwer- und Leichtindustrien.
6. Aufbauwerke solcher Art können nicht geschaffen werden, ohne daß die Zahl der fähigen, dem öffentlichen Interesse ergebend dienenden Verwalter, Techniker und Betriebsleiter aller Stufen wesentlich vergrößert wird.

Die Sozialisten in den fortgeschrittenen Ländern fördern finanzielle und technische Hilfsaktionen ihrer Regierungen, um mitzuhelfen, die

dringenden Bedürfnisse der unterentwickelten Gebiete zu befriedigen. Sie treten für internationale Zusammenarbeit zur Lösung dieser Aufgaben ein.

7. Die Sozialisten widersetzen sich Plänen, die nur den selbstsüchtigen Interessen industrieller Länder dienen und im Widerspruch zu den fundamentalen Grundsätzen der Gleichheit in den Beziehungen zwischen Völkern stehen. Sie bekämpfen das Gefühl der Höherwertigkeit gegenüber den weniger begünstigten Völkern. Sie erstreben die Schaffung völlig neuer Beziehungen zwischen den Völkern, die auf gegenseitiger Achtung und dem Zusammenwirken für die Befriedigung gemeinsamer wirtschaftlicher Bedürfnisse beruhen.
8. Die Sozialisten drängen darauf, daß zur Bekämpfung von Notständen und Hungersnöten finanzieller Beistand ohne Verzögerung gewährt wird. Sie unterstützen langfristige Beihilfen für unterentwickelte Gebiete, deren Zweck es ist, den durchschnittlichen Lebensstandard ihrer Bevölkerung stetig zu heben, das Volkseinkommen gerechter zu verteilen, den wirtschaftlich schwächsten Schichten ein größeres Maß von wirtschaftlicher Sicherheit zu gewähren, das Wirtschaftsleben zu stabilisieren und die Arbeitsergiebigkeit zu steigern.
9. Es ist eine dringende Aufgabe der Sozialisten, die Öffentlichkeit zugunsten einer aktiven Teilnahme an einem Hilfsprogramm für die unterentwickelten Gebiete zu beeinflussen, selbst wenn diese Aktionen von den Völkern der höherentwickelten Gebiete Opfer fordern sollten.

Eine weitere Resolution über den *«Weltplan für gegenseitige Hilfe»* werden wir im nächstfolgenden Heft publizieren.